Ein Ausweg aus einer agrarpolitisch ausweglosen Lage

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **43 (1988)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ein Zusammenleben von einer Liebe getragen, die sich im Einanderhelfen auswirkt. Dafür ist ja die Liebe die Grundlage. Es ist wesentlich, dass die Zusammenarbeit in den Gruppen von einer Liebe getragen wird, die im Willen, einander zu helfen, sich auswirkt.

Ein Ausweg – aus einer agrarpolitisch ausweglosen Lage

Wir sollen nicht übertreiben, so wird man uns entgegenhalten. Doch ist es zuviel gesagt, wenn wir feststellen, wir leben in einer agrarpolitisch ausweglosen Lage? Wir sollen uns ausweisen. Fangen wir beim Boden an. 1932 stellte ich im Nationalrat in einer Motion die Forderung, landwirtschaftlich genutzter Boden könne nur zu diesem Zwecke und entsprechend seiner Leistungsfähigkeit erworben werden. Wir erinnern uns noch gut, wie ein Zürichsee-Bauer meinen Vorschlag kurzerhand ablehnte, er sei nationalsozialistisches Gedankengut. Heute bemüht sich die offizielle Landwirtschaft mit der Lösung dieser bäuerlichen Schicksalsfrage. Wir dürfen uns nicht darüber wundern, wenn führende offizielle Landwirtschaftskreise heute in Verwaltungsräten industrieller Firmen tätig sind. So sieht es mit der Lösung der eigentlichen bäuerlichen Schicksalsfrage, der Bodenfrage, aus.

Nicht weniger ernst ist es mit der Lösung der Fragen aller Wirtschaftsgebiete des Bauern. Die Fragen der Milchwirtschaft, die Zinsfrage – das Problem des Schutzes unserer bäuerlichen Erzeugnisse an der Grenze. Hier vertreten die führenden landwirtschaftlichen Kräfte als Verwaltungsräte der Industrie die Meinung, der Schutz an der Grenze für bäuerliche Erzeugnisse dürfte nicht zu hoch sein, um nicht die Arbeit des Landes zu sehr zu belasten.

Dürfen wir uns da wundern, wenn bei uns in den vergangenen fünfzig Jahren gegen hundert Bauernbetriebe eingegangen sind. Welches ist dann da das Schicksal der jungen, bäuerlichen Generation?

Man wird mir entgegenhalten, ich möchte doch nicht behaupten, mit dem organisch-biologischen Landbau wären diese Fragen gelöst. Sicher nicht. Wir sind aber glücklich, dass die Abnehmer unserer Erzeugnisse ohne Vorurteil Qualität unvoreingenommen zu werten

wissen. Wir wissen und freuen uns darüber, dass sie in der Öffentlichkeit dazu stehen.
Ist es deshalb nicht zu viel verlangt, dass der Staat im Blick auf die Auswirkung der organisch-biologischen Anbauweise auch an seiner Stelle diese mit seinen Mitteln fördert. Dabei sind wir uns wohl bewusst, dass er dies den Tatsachen wohl entsprechend tun muss.
Wir erinnern uns zu gut, wie es vor Jahren war, als wir wegen unserem Einsatz für die organisch-biologische Anbauweise verhöhnt wurden – und niemand hat sich getraut, abzuwehren, auch der Staat hat zugeschaut. Er hat uns nichts in den Weg gelegt – aber uns auch nicht geholfen.
Unterdessen hat sich auch da viel geändert. Unsere Familien haben durchgehalten. Auch, wenn die Nachbarn über den Gartenzaun in die Gärten hineinschauten. «Sie streuen ihren Kunstdünger in der Nacht.» Das waren ihre Ausflüchte, wenn an der Tafel an der Käsereiwand die Leistung unserer Betriebe gross waren.
Es ist heute anders geworden. Die Leistungen unserer Familien setzen auch ihre Gegner ins Staunen. Doch der «integrierte Anbau» sucht unsere Anbauweise zurückzudrängen. Wir fordern, dass während des Anbaus kein Gift in die Böden unserer Familien komme. Für sie mit ihrem «integrierten Anbau» ist dies zu extrem. Nicht kein Gift verlangen sie – «möglichst wenig Gift» wollen sie erlauben. Doch wer sagt ihnen, was sie unter «möglichst wenig Gift» zu verstehen haben? Wer kontrolliert diese Menge?
Sowohl die Leistung der Tiere in den Ställen lässt sich bei unseren Familien mit ihrer organisch-biologischen Anbauweise sehen, ebenso gut die Leistung auf ihren Äckern, Feldern und in den Gärten. Dabei wissen sie, dass ihre Abnehmer sich über die Qualität der ihnen zur Verfügung gestellten Feld- und Gartenfrüchte freuen. Von daher kommt unsere Frage, weshalb der Staat im Blick auf die kommende Auseinandersetzung mit der EG nicht alles tut, immer mehr bäuerlichen Betrieben diesen Ausweg in einer ausweglosen agrarpolitischen Lage aufbauen zu helfen? Das könnte durch eine Förderung dieser Anbauweise geschehen. Der Staat hätte dafür viele Möglichkeiten. Weshalb will er hier untätig warten, bis es zu spät ist?